II. JAHRGANG

# JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Doppel-Nummer 61/62 | 24. Oktober 1919 | א׳ דר״ח חשון תר״ף | Preis 50 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

## Neuerliche Aeusserungen Nordaus.

Altmeister *Nordau*, der seit Ausbruch des Krieges abseits von jeder direkten politischen Betätigung in Spanien lebt, hat in der letzten Zeit begrüssenswerterweise begonnen, wieder aktiven Anteil an der politischen Leitung des jüdischen Volkes zu nehmen, so mit dem bekannten Brief an die „Hadshoth Haaretz" und der Botschaft an die zion. Konferenz in Chicago. Angesichts der erfreulichen Tatsache, daß der bewährte Führer sein fruchtbares Wirken dem jüdischen Volke nicht länger entziehen zu wollen scheint, hat die „Jüdische Presszentrale Zürich" sich an Dr. Max Nordau gewandt, mit der Bitte um gütige Beantwortung einiger brennender Fragen.

Nordau, der zur Zeit in Zaranz, Guipuzcoa weilt, hatte die grosse Liebenswürdigkeit, in einem Briefe an die J.P.Z., in welchem er „die publizistische und informative Arbeit der Jüdischen Presszentrale Zürich nach ihrem vollen Wert zu würdigen" betont und die Redaktion „zu dem Geiste, der Umsicht und der Vortrefflichkeit ihres Schaffens beglückwünscht", unsere Fragen zu beantworten.

Wir schätzen uns glücklich, der jüdischen Oeffentlichkeit die Aeusserungen des Altmeisters über nachstehende Fragen vermitteln zu können:

„Darf das jüdische Volk hoffen, seinen altbewährten Führer an der von ihm in den Vorkriegsjahren innegehabten leitenden Stellung in der zionistischen Bewegung baldigst begrüssen zu können?"

„Ich werde mich immer bemühen, dem jüdischen Volke nach meinen Fähigkeiten mit allen meinen Kräften an jeder Stelle zu dienen, an die es mich durch seine rechtmässigen Vertreter beruft. Mich hervorzudrängen, wichtig zu tun, mir Funktionen anzumassen ist nie meine Art gewesen und wird es nie sein. Auch während der Kriegsjahre hat man mich immer gefunden, wenn man mich gesucht hat. Ich darf mir das Zeugnis ausstellen, dass bei mehr als einer bedeutungsvollen Gelegenheit meine Bemühungen im Interesse des jüdischen Volkes oder mancher seiner Gruppen — der ottomanischen Juden in Frankreich und Italien, der jüdischen Opfer türkischer Soldateska in Palästina, der von Pogroms gemarterten Juden in Polen, der notleidenden jüdischen Kriegsflüchtlinge in Spanien, der als Bolschewiks denunzierten und bedrohten osteuropäischen Juden in Barcelona —, für die ich im Verein mit dem hochverdienten Professor Yahuda eintrat, nicht ohne Nutzen gewesen sind. Allerdings haben weder Professor Yahuda noch ich die Gewohnheit und die Neigung, um unsere Arbeit ein Getöse zu vollführen."

„Wie denken Sie, Herr Doktor, über die Notwendigkeit der schleunigsten Einberufung des zionistischen Kongresses und die Schwierigkeiten, die sich dem gegenüberstellen? Welche Stellung nehmen Sie als Zionist zur Einberufung eines allgemeinen jüdischen Weltkongresses?"

„Wie ich über die Notwendigkeit der Einberufung eines zionistischen Weltkongresses denke, darüber gebe folgende Stelle der Botschaft Bescheid, die ich über Aufforderung der zionistischen Organisation für Amerika an deren Jahresversammlung in Chicago richtete, wo sie am 14. September vorgelesen wurde:

„Es ist Zeit, dass die Stimme Israels gehört werde; nicht durch das Organ selbstbestellter, wenn auch noch so verdienstvoller, Wortführer und Leiter, sondern durch den Mund regelrecht gewählter Vertreter, die einen förmlichen Auftrag von den Millionen unseres Volkes aufweisen können. Nur derartige bevollmächtigte Abgeordnete können zur Welt mit der erforderlichen Autorität im Namen Israels sprechen, in dieser Zeit der triumphierenden Demokratie und der Selbstbestimmung grosser und kleiner Völker. Die Einberufung eines Weltkongresses der jüdischen Nation ist deshalb eine dringende und unabweisbare Notwendigkeit und Sie amerikanischen Juden müssen diese Angelegenheit in Ihre Hand nehmen. Bestimmen Sie die Bedingungen der Wahlen, die Zeit und den Ort der Zusammenkunft dieser Versammlung, die der Ausgangspunkt des neuen politischen Daseins des alten Volkes von Israel zu werden berufen ist."

Die einzigen Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung dieses Vorschlages entgegenstellen, sind einerseits die Hindernisse, welche die durch den Weltkrieg erschreckend verwilderten Regierungen und Verwaltungen aller Länder, der siegreichen, der besiegten und selbst der neutralen, mit ihren Pass- und Polizeichicanen gegen die Bewegungsfreiheit Fremder aufrichten, andererseits die entsetzlichen Verhältnisse in Osteuropa, wo

sechs Millionen unserer Brüder gegenwärtig die schwärzesten Tage der jüdischen Geschichtstragödie leben. Mit diesen Schwierigkeiten wird man natürlich rechnen müssen."

„Wie stellen Sie sich, Herr Doktor, die Möglichkeit und Durchführung der jüdischen Massensiedelung in Palästina vor, für die Sie in Ihrem bekannten Briefe an die „Hadshoth-Haaretz" eingetreten sind?"

„Das Problem der Besiedelung Palästinas mit Millionen jüdischer Einwanderer kann nicht mit wenigen Worten abgetan werden; das liegt, denke ich, auf der Hand. Seine angemessene Behandlung ist nur in sehr langen Ausführungen möglich. Hier muss ich mich auf knappste Andeutungen beschränken. Nach der Festlegung des internationalen Status von Palästina, die wir von der Pariser Friedenskonferenz verlangen und erwarten, ist die Bevölkerung Palästinas mit Juden für uns die allerwichtigste Frage. Wenn wir dort nicht rasch eine Volksmehrheit werden, sind alle liebenswürdigen Worte, mit denen man uns das Land als „die Heimstätte des jüdischen Volkes" bezeichnet und preist, Wind und Schall ohne praktischen Wert und Bedeutung. Dass Palästina nicht sofort Millionen Juden reichlich ernähren kann, dass es für ihre Aufnahme vorbereitet werden muss, ist richtig. Aber diese Vorbereitungsarbeit muss von Menschen, von uns getan werden. Sie erfordert Hunderttausende von Arbeitern aller Berufe und wenn man vor ihnen die Grenzen Palästinas eigensinnig versperrt, so wird die Arbeit eben nie getan werden. Ich glaube meine jüdischen Brüder zu kennen. Ich habe zu ihrer Anschlägigkeit, Tüchtigkeit, Zähigkeit und Arbeitsfreudigkeit genug Vertrauen, um ganz sicher zu sein, dass sie mit der grössten Energie die Härten der Anfänge überwinden, dem Boden rasch reiche Ernte abzwingen, für sich die nötigen Häuser und Strassen bauen, für Sicherheit, öffentliche Gesundheitspflege, Unterricht und Rechtsordnung sorgen, Industrien und Handel schaffen und sich in den neuen Verhältnissen ungesäumt zurechtfinden werden. Kleinmut und zaghafte Behutsamkeit sind sicherlich bequemer als schöpferisches Wagen, aber gerade dieses ist es, was der Augenblick gebieterisch von uns verlangt."

### Michael Aleinikoff zur Frage des jüd. Weltkongresses.

Advokat *Michael Aleinikoff* aus Petrograd, Vorsitzender des Prov. Jüd. Nationalrates für Grossrussland, der von den Bolschewisten verhaftet worden war und nach seiner Haftentlassung als Mitglied der russischen Delegation, in Paris an den Arbeiten des Komitees der Jüd. Delegationen an der Friedenskonferenz regen Anteil genommen hat, weilt seit einiger Zeit in der Schweiz, von wo er sich wieder nach Paris zu begeben gedenkt. Bei seinem kürzlichen Aufenthalt in Zürich, war Herr Aleinikoff so freundlich, der „Jüd. Presszentrale" einen Besuch abzustatten, bei welcher Gelegenheit er folgende Einzelheiten über die Beratungen in Paris mitteilte:

Formell ist das frühere Russland in Paris durch zwei Delegationen vertreten: die sog. grossrussische Delegation, der von Anfang an die Herren *Idelsohn, Rosoff* und *Aleinikoff* angehörten und die ukr. Delegation, bestehend aus *Ussischkin, Alexander Goldstein, Kaplan* und *Neiditsch.* Dazu kommt noch das Judentum der Krim, vertreten durch *Dr. Pasmanik.* Die grossruss. Delegation hat ihr Mandat von dem Petrograder Prov. Jüd. Nationalrat empfangen und hält sich an ihre, vom Nationalrat empfangenen Instruktionen.

Auf die Frage wie sich die Vertreter der verschiedenen Delegationen persönlich zur Einberufung eines jüd. Weltkongresses stellen, erklärte Aleinikoff, dass die grossruss. Delegation diesbezüglich kein Mandat erhalten habe. Selbst in dieser Delegation treten verschiedene Tendenzen zu Tage. Im Prinzip habe wohl niemand etwas Entscheidendes gegen die Einberufung eines solchen Weltkongresses. Etwas anderes ist es, wenn die Realisierungsmöglichkeit und die Aktualität dieser Frage ins Auge gefasst werden. Ob es aktuell sei, schon jetzt einen jüd. Weltkongress einzuberufen, darüber fanden drei oder vier Mal längere Debatten statt. Gerade vor meiner Abreise wurde beschlossen, ein Projekt und eine gemeinsame Resolution auszuarbeiten. Gegen die unmittelbare Einberufung werden verschiedene Gründe vorgebracht. Vor allem muss man wissen, dass sehr breite Kreise der westeuropäischen und amerikanischen Juden inbezug auf die Frage einer internationalen jüd. Organisation sehr empfindlich sind. Sie erblicken in dieser Organisation nicht nur eine Gefahr im theoretischen Sinne, sondern eine reale Gefahr, indem befürchtet wird, dass durch das Auftreten der Juden der ganzen Welt als *politische Einheit*, die bürgerlichen Rechte der Juden in den einzelnen Ländern Schädigung erleiden könnten. Es sei deshalb sehr gefährlich, solche akute Lösungen auf das Programm zu setzen. Man müsse auch bedenken, dass die amerikanischen Juden, die in Paris eine grosse Rolle spielten, die sehr viel gearbeitet und auch sehr viel erzielt haben, dies alles nur für die Ostjuden getan haben. Alle Forderungen, die das Komitee der Delegationen in sein bekanntes Memorandum aufgenommen hat, gelten nur für die Ostjuden, für die das gesamte Judentum wirkt und arbeitet. Dies alles gilt nicht für die amerikanischen Juden, die ja auch stets betonen, dass sie zwar 11 Millionen Juden vertreten, aber sich nur für 8 Millionen einsetzen. Die Bestrebungen in Paris gingen nun dahin, eine *ständige Organisation jüd. Vertreter* zu schaffen. Bei den theoretischen Debatten waren stets alle einig. Es genügt nicht, dass die Juden ein Volk sind, sondern man muss auch in Paris erzielen, dass das gesamte Judentum mit uns geht, mit uns arbeitet. Das letzte Ziel, das man jetzt erreichen muss, ist die Schaffung eines Organs, welches das gesamte Judentum repräsentieren soll. Aber auf diesem Gebiet müsse man ganz besonders vorsichtig vorgehen. Auch hier seien die Meinungen verschieden. Nach Aleinikoffs privater Ansicht sei dies speziell vom zion. Standpunkt aus, eine sehr komplizierte Frage. Persönlich, als Zionist, vertrete er die Meinung, dass das Judentum als politisch-nationaler Organismus nur auf Grund einer territorialen Einheit politisch vertreten werden könne. Der Zionismus ist eine jüd. Weltanschauung, die erklärt, dass die Juden als nationale Einheit nur in dem Falle existieren und prosperieren können, wenn sie, wie andere Nationen, national-territorial-politisch organisiert sind. Selbstverständlich ist es klar, dass es manigfache Gebiete gibt, auf welchen eine allgemein jüd. Tätigkeit absolut notwendig ist. So existiere eine Emigrationsfrage u. zw.

in akutester Form, wie z. B. in Russland, Polen, Rumänien und Ungarn, die auch fernerhin existieren wird. Die Hälfte der osteuropäischen Juden sind eigentlich schon jetzt Emigranten. In der Ukraine allein wartet 1 Million Juden auf die Gelegenheit auswandern zu können. Dieses Emigrationsproblem trägt natürlich ganz allgemeinen Charakter. Auch Hilfsaktionen für Kriegs- und Pogromopfer sind notwendig und auch diese Aktionen müssen auf einem *interstaatlichen* — dieser Ausdruck ist zu gebrauchen und nicht international — jüd. Weltkongresse erledigt werden. Was dagegen die politische Tätigkeit der Juden der verschiedenen Länder betrifft, ist dies sozusagen eine interne Angelegenheit dieser Länder. In Russland z. B. muss diese Frage durch russ.-jüd. Vertretungsorgane entschieden werden; in ähnlicher Weise in den anderen Ländern. Interessant war festzustellen, dass wenn bei den verschiedenen Beratungen in Paris irgend ein Programm auszuarbeiten war, fast alle Delegierten einig waren, da es sich stets um Fragen handelte, die keinen national-politischen Charakter trugen. Als jedoch jemand vorschlug, die Kulturfrage zu behandeln, wurde dieser Vorschlag einstimmig, den Antragsteller ausgenommen, abgelehnt. Gewiss, jüd. Kultur ist ein Gebiet allgem. jüd. Tätigkeit. Aber die Frage unserer nat. Kultur im zion. Sinne wird eben nur in Palästina gelöst werden. Abgesehen von dem Emigrationsproblem, von diesen Hilfsaktionen und der Art unserer Vertretung bei der League of Nations haben wir kein Problem festgestellt, dass die sofortige Einberufung eines allg. Weltkongresses nötig machen würde. Man muss sich jede Sache ganz klar und genau, sagen wir reell, vorstellen. Wenn wir diesen Kongress einberufen, was wird dann geschehen? Es wird eine Deklaration für Palästina gefasst! Das Komitee der Delegationen hat ja eine solche Deklaration bereits angenommen. Auch *Marshall* hat diese mit den anderen unterzeichnet. Uns Zionisten ist es schon längst bekannt, dass die Juden einig sind. Braucht man da etwa eine so pompöse Manifestation, um diese einfache Idee der Welt bekannt zu machen, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass eine derartige Manifestation auch Schaden bringen könne? Seine ganz persönliche Ansicht sei es nun, dass Kongresse nur für spezielle Zwecke notwendig seien und das Komitee der Delegationen habe diesbezügl. Aktionen bereits unternommen (s. auch J. P. Z. No. 58/59). Sollten dagegen die westeuropäischen Juden und ihre Organisationen sich für einen solchen Weltkongress aussprechen, so wäre dies natürlich nur zu begrüssen und er persönlich würde sich darüber nur freuen. Aber nach seiner privaten Meinung sei es zu bezweifeln, ob es für die Zionisten schon jetzt an der Zeit sei, die zion. Sache an eine neue, noch nicht existierende Organisation zu übertragen. Der Zionismus stehe vor dem Ende seiner zion. Parteigeschichte. Die Realisierung, die Schlussphase, die letzten Schritte müssen von den Zionisten selber getan werden.

Wenn in allen Ländern, in denen Juden wohnen, diese schon organisiert sein werden, dann wird es vielleicht Zeit sein, einen Kongress dieser organisierten Juden einzuberufen. Derzeit ist dies jedoch noch nicht der Fall. So herrscht vor allem in Russland ein Chaos, aus dem momentan ein Ausweg noch nicht ersichtlich ist. Auf jeden Fall müsse man bis zur Klärung all' dieser Verhältnisse — es sei dies ganz seine persönliche Meinung, die allerdings nicht von allen Delegierten in Paris geteilt wird — mit der Einberufung eines jüd. Weltkongresses zögern.

### Die zionistische Konferenz in Chicago.

Der amerikanische Gewährsmann der „Jüdischen Preßzentrale Zürich" berichtet: Nach fünftägiger Dauer wurde die hochbedeutsame 22. zion. Jahreskonferenz in Chicago geschlossen. Da die Beschlüsse und Resolutionen größtenteils durch die Tagespresse bereits bekannt sind, soll hier nur in allgemeinen Umrissen die Stellung der Opposition, der es vor allem auf eine sog. Demokratisierung der Partei ankommt und ihr Verhältnis zur Offizialität, genauer gesagt zum Exekutiv-Komitee, behandelt werden. Anläßlich der Konferenz machte sich in der ganzen Stadt eine festliche Stimmung bemerkbar. Das Stadthaus hatte geflaggt und in vielen Schaufenstern prangten jüd. Bilder, z. T. mit hebr. Aufschriften. Den allerwichtigsten Bericht, den über die politische Lage, erstattete Oberrichter *Brandeis* in vertraulichem, geschlossenen Kreise, vor dem sog. Komitee der Komitees, das allerdings aus ungefähr 200 Personen bestand. Auf energisches Drängen der Presse-Vertreter durften auch diese mit gewissen Ausnahmen — so wurde der Redakteur des New Yorker „Vorwärts" nicht zugelassen — der Sitzung beiwohnen. Ueber die einzelnen Aeußerungen Brandeis darf natürlich nicht berichtet werden. So viel kann jedoch gesagt werden, daß nach den Ausführungen von Brandeis, es noch ungefähr eine Generation lang dauern dürfte, bis eine große Immigration nach Palästina möglich sein wird und daß ferner die Arbeit für die Wiederauflebung des Landes so riesig ist, daß eine einzige Organisation, wie groß und stark sie auch sein möge, nicht imstande ist, diese Aufgabe zu lösen ohne Mithilfe des gesamten jüd. Volkes. Da schließlich der Kampf zwischen der Opposition und der sog. Regierungspartei durch ein Kompromiß endete, war es, wie stets bei solchen Kompromissen, ein prinzipieller Sieg der Opposition und ein praktischer Sieg der Leitung. Hatte man früher geglaubt, daß die Opposition einen Sturz der Leitung werde erreichen können, so erkannte man bereits bei der ersten Sitzung, daß die Opposition an Zahl zwar sehr stark sei, daß es ihr jedoch an einheitlicher Führung fehle. Dies kam bereits bei der Wahl des Präsidiums zum Vorschein. Nach der New Yorker Vorkonferenz hatte man erwartet, daß der so populäre *Lipsky* die Führung der Opposition übernehmen werde. Jedoch gleich zu Beginn, schon bei der Frage, ob ein permanentes Präsidium, oder wie es die Opposition verlangte, blos ein Tagespräsidium gewählt werde, zeigte sich die Hinfälligkeit dieser Erwartung. Der Antrag der Leitung, die Wahl eines permanenten Präsidiums vorzunehmen, wurde mit Majorität angenommen und in dieses Präsidium neben *Julian Mack* als Vorsitzenden und Rabb. *Wise*, auch *Lipsky* gewählt. Dagegen gelang es der Opposition, am 3. Beratungstage der Leitung zwei Schlappen beizubringen. Es handelte sich da um den Modus der Wahl der Exekutive. Die Opposition verlangte, daß die Exekutive nicht mehr wie bisher von der Konferenz, sondern von allen Parteimitgliedern gewählt werde u. zw. je ein Vertreter für je 3000 Zionisten. Außerdem sollte zu den verschiedenen, bis jetzt bestehenden Departements noch ein solches für allgemeine jüd. Angelegenheiten geschaffen werden.

Rabbi *Wise,* der die Verteidigung der Anträge der Leitung übernommen hatte, sah bald ein, daß er trotz seiner glänzenden Beredsamkeit auf verlorenem Posten kämpfe. Der Antrag der Leitung wurde mit großer Majorität abgelehnt. Da jedoch diese Statuten-Aenderung eine ²/₃ Majorität verlangte, blieb der Antrag der Opposition mit 17 Stimmen unter dieser ²/₃ Majorität. Nach langwierigen Kommissionsverhandlungen kam es dann zu einem faßt einstimmig angenommenen Kompromiß. Die Konferenz wählt demnach ein spezielles Komitee, das alle Einzelheiten und Berichte bis April auszuarbeiten hat. Die nächste Konferenz i. J. 1920 hat endgültig über die Art der Wahlen zu bestimmen. Soweit war man dem Verlangen der Leitung entgegengekommen. Dagegen wird in der Resolution, wie die Opposition es verlangte, festgestellt, daß die Majorität der Exekutive — wieviel Mitglieder wird nicht bestimmt — von den einzelnen Distrikten gewählt werden soll. Die zweite Schlappe zog sich die Leitung bei der Abstimmung über die Zulässigkeit der einzelnen Fraktionen innerhalb der zion. Landes-Organisation zu. Der speziell von Lipsky verfochtene Antrag, der Zionisten-Kongreß möge nur eine einzige Landes-Organisation anerkennen, der sich die einzelnen Fraktionen, resp. Föderationen anschliessen müssen, andernfalls sie vom Kongreß nicht anerkannt würden, wurde abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, dahingehend, die amerikanischen Delegierten möchten sich am Kongreß dafür einsetzen, daß nach Möglichkeit eine volle Einigung aller Fraktionen innerhalb des Zionismus durch den Kongreß angestrebt und durchgeführt werde.

Obwohl fast alle Delegierten für die Herausgabe einer zion. Tageszeitung in jüd. Sprache waren, wurde der Antrag, diese Zeitung von der Partei als solcher und auf ihre Kosten herauszugeben, abgelehnt, nachdem speziell Brandeis sich dagegen ausgesprochen hatte. Es gäbe genug jüd. Zeitungen in Amerika und diese wären zum allergrößten Teile zionistisch. Daß diese mit der derzeitigen Leitung unzufrieden sind und sie zum Teil bekämpfen, sei kein Grund, die Herausgabe einer Tageszeitung, die soviel Kräfte und vor allem so große Mittel verlange, der Partei aufzubürden. Es wurde beschlossen, eine Tageszeitung herauszugeben, jedoch müssen die Kosten von Privatleuten und nicht von der Partei aufgebracht werden.

An der Schluß-Sitzung wurde die bisherige Leitung bis auf den Kassier, zu dem jetzt Herr *Schweizer* gewählt wurde, wiedergewählt, u. zw. Ehrenvorsitzender: Oberrichter *Brandeis,* Präs.: Julian *Mack,* Vize-Präs.: Stephen *Wise* und Prof. *Friedenwald,* Vize-Kassier: Walter *Meyer,* Sekretär: Jacob *de Haas,* Organisations-Sekretär: Louis *Lipsky* und Bildungs-Sekretärin: Miß *Szold.*

Nach fünftägiger Dauer schloß unter großer Begeisterung diese Konferenz, bei der die Debatten weniger durch Enthusiasmus und Temperament als durch große Sachlichkeit und Ernst im Behandeln der einzelnen Fragen sich auszeichneten. Vor allem muß der hohe Geist von Idealismus, der sowohl unter den Delegierten als auch unter den Parteibeamten herrschte, betont werden. Selbst in den hitzigsten Momenten der Debatte, beim schärfsten Auftreten der Opposition gab es keine persönlichen Reibungen und nicht das geringste Hereinziehen irgendwelcher persönlicher Motive. Es handelte sich stets und überall nur um die Sache, nirgends um Personen.

Im Anschluß an die Konferenz fanden auch einzelne interessante Verbandstagungen statt, so die der Frauenvereinigung „Hadassa", in der Miß *Szold* einen genauen Bericht erstattete, ferner eine Aktionärversammlung der „Druckerei Jerusalem". Das für die Konstituierung nötige Kapital von 200,000 Dollars ist schon fast ganz aufgebracht. Diese Verlagsgesellschaft hat sich mit der „Kirjath Sefer", die zum selben Zwecke von bekannten russischen Zionisten gegründet wurde, vereinigt und ihr gemeinsames Ziel ist es, in Jerusalem eine große Druckerei einzurichten, um auch die Galuthländer mit den notwendigen Büchern zu versorgen.

### Die Verteilung des Orients.

*London,* 9. Okt. Ag. Die „Times" übermittelt angeblich nach kompetenter Quelle Informationen bezüglich des arabischen Staates, der syrischen Frage, des Problems von Palästina und Mesopotamien.

Was *Syrien* betrifft, soll daraus ein autonomer Staat mit einer arabischen Regierung, die die Bevölkerung vertritt, werden, in dem *Frankreich* das Mandat für die Oberaufsicht übertragen wird. Aber aus dem eigentlichen Syrien würde die Gegend des *Libanon* als besondere Einheit unter libanesischer Regierung und direktem Mandat für Frankreich ausgeschieden.

*Palästina würde als besondere politische Einheit unter dem Generalmandat Großbritanniens konstituiert, so daß die Juden Gelegenheit hätten, unter der Ueberwachung des Mandatarstaates ihre Organisationspläne bezüglich eines nationalen jüdischen Zentrums zu verwirklichen.*

Man glaubt, daß die verantwortlichen Vertreter der britischen, französischen, arabischen und jüdischen Interessen ein solches Abkommen annehmen würden, und daß die Schwierigkeiten ohne Zweifel gelöst werden könnten, wenn die beteiligten Interessenten gemeinsam oder einzeln von den *Vereinigten Staaten* Unterstützung verlangen würden.

— Die „Agenzia Nazionale" meldet, die Friedenskonferenz habe sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, die *Protektion der Heiligen Orte in Palästina dem König von Italien als Mandat anzuvertrauen.* Zu diesem Entschluß habe der Umstand mitgewirkt, daß das Haus Savoyen rechtmäßig den Titel des Königs von Jerusalem besitzt. Der Vatikan würde gegen diese Lösung nichts einzuwenden haben.

### Die Denikinschen Greuel.

Der ukrainische Pressedienst meldet: Bukarester Blätter berichten über einen blutigen Pogrom in *Fastow.* Ein Teil der Juden flüchtete in die Synagoge, worauf die Soldaten Denikins die Synagoge mit Naphtha begossen und anzündeten. Auf die aus dem Feuer flüchtenden Juden wurde aus Gewehren geschossen. Bei diesem Pogrom sind über 2000 Juden ums Leben gekommen. Dieselben Blätter berichten auch über Judenpogrome in *Charkow* und *Jekaterinoslaw.*

— Aus Lemberg wird der „Neuen Freien Presse" gemeldet: Nach den aus Kiew eingetroffenen Berichten ist das von Truppen Denikins besetzte Gebiet der Schauplatz grauenerregender Judenpogrome gewesen. In *Jekaterinoslaw* und *Charkow* wurden viele hunderte Juden

unbarmherzig hingeschlachtet und viele Jüdinnen vergewaltigt. In mehreren Ortschaften ist fast die ganze jüd. Bevölkerung den systematisch veranstalteten Pogromen zum Opfer gefallen. Die Waggons der Militärzüge tragen Tafeln mit der Aufschrift: Erschlaget die Juden und rettet Rußland.“ In *Michalowice* wurden die Kaufläden der Juden demoliert und ausgeplündert, die Synagoge zerstört und die Thorarollen in Brand gesteckt. In *Krementschug* haben Offiziere und Soldaten 350 jüd. Frauen und Mädchen vergewaltigt. Schauerliche Szenen spielten sich in *Grechina, Jenakiow, Sigielnikow, Lozowan* und *Bogaduchow* ab. In Sigielnikow wurden 15 Juden, die sich auf der Durchreise befanden, geköpft. Auf dem Bahnhofe in Lozowajow haben Soldaten die Bankbeamten Baruch und Hajkin massakriert. Die jüd. Bevölkerung in der Krim hat in panischem Schrecken die Flucht ergriffen.

— Die „Jewish Times“ veröffentlicht eine lange, angeblich aus sicherster Quelle stammende Liste der Städte, in denen heftige von Denikinschen Truppen veranstaltete Judenpogrome stattgefunden hätten.

### Ein amerikanischer Augenzeuge der Denikinschen Judenpogrome.

„World“ berichtet aus Paris, dass nach Berichten des soeben aus Südrussland zurückgekehrten amerikanischen Generalmajors *Davis*, der in Denikins Hauptquartier war, *Denikin* durch seine Kosaken in den besetzten Gebieten planmässige Judenverfolgungen vornehmen lässt, wobei der grösste Teil der Juden getötet wird.

### Die Pogrome in der Ukraine.

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Humanité“ einen längeren Artikel, in dem sie die furchtbaren Ausschreitungen schildert, die von den Truppen Denikins in allen eroberten südrussischen Städten, verübt worden sind. In den Reihen der Denikinschen Freiwilligen wird eine von der Heeresleitung begünstigte antisemitische Propaganda getrieben. Kein Wunder. Ist doch Denikins Armee der Sammelpunkt aller reaktionären und antisemitischen Elemente geworden. „Die Gegenrevolutionäre bilden — so schreibt die Humanité — einen Schneeballen um Denikins Armee, die den Bürgerkrieg dazu benutzen, ihren Haß an den Juden auszulassen.“ Selbst Denikins Presse z. B. die Tifliser Zeitung „Slowo“ gesteht, daß die antisemitischen Greuel einen Schandfleck für die Sache der Südarmee bilden. Der Artikel schließt mit einem Mahnruf an die Entente, die in anderen Ländern es sich angelegen sein läßt, die bedrohten Minoritäten zu schützen, aber keine Anstalten macht, den Pogromen einer von ihr unterstützten Armee Einhalt zu gebieten.

### Miljukoffs und Burzews Appell gegen die Judenpogrome.

Der ehemalige russische Minister des Aeussern zu Zeiten Kerenskis, *Paul Miljukoff*, und der bekannte russische Revolutionär *Wladimir Burzew* haben an General Denikin ein Telegramm gerichtet, worin sie ihn auffordern, die energischsten Mittel zu ergreifen, um keine Pogrome in den neuen von ihm eingenommenen Gebieten zuzulassen. Im Telegramm wird auch gefordert, Denikin möge eine genaue Untersuchung der bisherigen Pogrome einleiten und die Schuldigen streng bestrafen.

### Denikins Rechtfertigung der Pogrome.

In seinem Antwortschreiben auf die Vorstellungen wegen der schauerlichen Judenpogrome versucht Denikin die Ursache der Pogrome zu „erklären“. Er schreibt, daß an allen Orten, aus denen die Bolschewisten vertrieben worden sind, massenhaft ermordete Christen, zerstörte und geplünderte Kirchen gefunden werden, während es unter den Juden gar keine Opfer gebe und auch die jüd. Synagogen unangetastet geblieben sind. Dies reize die einmarschierenden Soldaten, die ihren Zorn auf die jüd. Einwohner entladen. Denikin erklärt auch, daß er einen strengen Befehl gegen die Pogrome erlassen habe. Unglücklicherweise bezeugen die neuestens eingelangten Berichte, daß dieser Befehl auf die verwilderte Soldateska keinen Eindruck gemacht habe. Zweifellos bedarf man einer viel stärkeren Macht als es die Denikinschen „Ukase“ sind, um den Pogromen Einhalt zu gebieten. Laut „Jewish Times“ wird jetzt in den entsprechenden einflußreichen Kreisen Londons eine rührige Tätigkeit entfaltet, um in wirksamer Weise weiteres Blutvergiessen so weit als möglich zu verhindern.

### Die jüdischen Kriegswaisen.

„The Jewish Times“ erfährt aus sicherer Quelle, daß die engl. Regierung am Lose der vielen tausend jüd. Kriegswaisen, die ohne Aufsicht und Stütze in Polen und Rußland geblieben sind und dort kein Heim finden können, reges Interesse nimmt. Die engl. Regierung plant deshalb in England spezielle Waisen-Anstalten zu schaffen, wohin man so viel Waisen als möglich aus den erwähnten Ländern zur Erziehung bringen soll. Die engl. Regierung wird auch den in England lebenden Juden die Erlaubnis geben, ihre verwandten Waisen aus Osteuropa privatim nach England zu bringen. Die Regiermng wird jedoch verlangen, daß die in England lebenden Verwandten, die Waisen aus Polen und Rußland hinbringen, sich verpflichten, die Kinder angemessen zu erhalten, sie gut zu erziehen usw., worüber sie der Regierung gegenüber verantwortlich sein werden.

Auch in Amerika hat das People Relief Committee eine Aktion zur Ueberführung vieler tausender jüd. Kriegswaisen nach Amerika unternommen, die jetzt in das Stadium der Verwirklichung zu treten scheint. Der Präs. der amerikanischen Federation of labour, *Samuel Gompers,* hat sich der Sache angenommen und führt die Unterhandlungen mit dem Staats-Departement. Er richtete in dieser Angelegenheit ein ausführliches Begründungsschreiben an Staatssekretär *Lansing* und es ist zu hoffen, daß diese Aktion bald zu günstigen Resultaten führen wird.

## Chronik.

### Russland.

Laut „Temps“ haben die Bolschewisten die Mitglieder des zion. Komitees in Petrograd deshalb verhaftet, (s. J. P. Z. No. 58/59) weil die Zionisten eine ententefreundliche Demonstration organisiert haben.

— Die „Jewish Times“ erklärt, als erste ein wichtiges von dem Kop. Zion. Bür. an die Londoner Organisation eingesandtes Dokument veröffentlichen zu können, wonach ein tschechischer Offizier, der während der in Betracht kommenden Zeit in Jekaterinenburg

geweilt hat, protokollarisch bestätigt, dass entgegen den dort umlaufenden Gerüchten absolut kein Jude irgendwelchen Anteil an der Ermordung der Zarenfamilie genommen hat. Das einzige Mitglied des Uraler-Ausführungs-Komitees, das sich mit ganzer Kraft, gegen die Hinrichtung einsetzte, war der Kriegskommissär der allerdings ein Jude war.

Die Juden in der bolschewistischen Partei.

Auf Grund einer von der Petersburger Parteiorganisation der Kommunisten veranstalteten Enquete liegen Daten über die Arbeiterbewegung bis zum 1. Dezember 1918 vor. Danach betrug die Zahl der bolschewistisch organisierten Arbeiter in Petersburg im ganzen 124071. (Ein Beweis für die riesige Abnahme der Hauptstadt.) Nach der Nationalität verteilen sie sich folgendermaßen:

Russen 74,2%, Letten 10,5%, Polen 6,3%, Esten 3,7%, Litauer 2,6%, *Juden 2,6%*.

*Der geringste Prozentsatz entfällt also auf die Juden.* Es ist dabei zu bedenken, daß nach der Abschaffung der „Tscherty oßjedlosti", des Ansiedelungsverbots für Juden in den großen Städten, im März 1917, jüdische Arbeiter und Handwerker in großer Zahl nach Petersburg eingewandert sind. (Vossische Ztg.)

## Weissrussland.

Provisorischer jüd. Nationalrat.

Die zion. Fraktion der Minsker jüd. Gemeinde beschloß, die Gemeinde aufzufordern, sogleich an die Gründung eines provisorischen jüd. Nationalrates für Weißrußland heranzutreten. (Farn Folk.)

## Baltikum.

Das nationale Komitee der estländischen Judenheit in Reval hat die Kownoer jüd. Gemeinde eingeladen, an der Einberufung einer Zusammenkunft der größten jüd. Gemeinden der baltischen Länder in Riga teilzunehmen.

## Litauen.

— Laut Kownoer „Jüdische Stimme" vom 2. Okt. ist *Dr. Nathan Birnbaum* am 29. Sept. in Kowno eingetroffen.

## Polen.

*Warschau.* Stuart Samuel hat nach Empfang einer Delegation der ukr. Juden und nach Anhörung der Berichte über die Judenpogrome in der Ukraine, an die jüd. Gemeinde in London und alle Hilfskomitees in England ein Telegramm gerichtet mit der Aufforderung raschestens Geld, Kleider und Lebensmittel für 50.000 Personen zu übersenden.

*Warschau,* 15. Okt. *Stuart Samuel* hat soeben eine telegraphische Benachrichtigung erhalten, wonach von London 40.000 Pfund Sterling zugunsten der Pogrom-Opfer in Polen und der Ukraine überwiesen worden sind. Das Geld wurde an die Adresse des bekannten Assimilanten *Natanson* gesandt.

— Das zion. Zentralkomitee in Polen hat den 13. Oktober als allgemeinen Protesttag gegen die Judenpogrome in der Ukraine bestimmt.

— Die jüd. Landtags-Abgeordneten haben in einer Reihe von Konferenzen sich mit der neuen Verordnung über die Registrierung der Fremden beschäftigt und auch beim Innenministerium interveniert, worüber demnächst ein Kommuniqué herausgegeben werden soll. Wie versichert wird, ist der in den beteiligten Kreisen herrschende grosse Pessimismus nicht berechtigt.

Prozentnorm für Juden an der Posener Universität.

Dem „Lodzer Folksblatt" wird aus Posen gemeldet, dass laut Erklärung des Volksrates in Posen die Juden zur dortigen Universität nur in einer 2% der allgemeinen Studentenzahl nicht überschreitenden Anzahl zugelassen werden. (Eine Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten).

Die Warschauer „Gazeta Poranna" (Dwa Grozse) bemerkt, daß am Jom Kippur die poln. Bevölkerung sich endlich leicht überzeugen könne, welche Kaufleute, trotz der von ihnen praktizierten Polonisierung und den Pseudonymen auf den Geschäftsschildern, doch Juden sind. Selbst die ihr Judentum am meisten verheimlichenden Juden, die an gewöhnlichen Samstagen ihre Geschäfte offen halten um die Christen irrezuführen und anzulocken, halten nämlich an diesem Tage ihre Geschäfte geschlossen.

Dazu bemerkt das Bialystoker „Naye Leben": „Die Inquisitoren des Mittelalters haben zu Ostern während des Seders und am Jom Kippur zu Kol Nidre mit Schwertern in den Händen die Marannen gesucht, um sie aufs Autodafé zu bringen. Die poln. Inquisitoren des 20. Jahrhunderts tun ein Gleiches in den Redaktionen mit giftigen Federn in den Händen. Stets dieselbe Inquisition, nur in anderen Formen."

— Der Dichter und Journalist *Niger* ist am 22. Sept. von Warschau via Paris nach Amerika abgereist.

## Galizien.

Die jüdischen Internierten in Galizien.

Der Jüd. Nationalrat für Ostgalizien telegraphiert: Presszentra Zurich: Verständiget Zionistische Organisation Basel, daß die von Polen auf ihrem Vormarsche in Ostgalizien verhafteten und internierten Juden noch immer Schreckliches in den Interniertenlagern erleiden. Sie werden mißhandelt und sterben scharenweise. Das „Lemberger Tagblatt" schreibt: Wenn ihr wüßtet, was wir wissen, so würdet ihr alle 600.000 ostgalizische Juden und mit euch das gesamte jüd. Volk ein so gewaltiges Wehklagen erheben, daß die Machthaber es hören müssen. Befreit die gefangenen Juden. Vertrauenswürdige Augenzeugen teilen mit, daß die Lage der ostgalizischen Juden täglich schlimmer wird. Abgesehen von den Schikanen der poln. Behörden und dem Ausschluß der Juden aus den Schulen aller Kategorien, will die ukrainische Bevölkerung den Juden keine Lebensmittel verkaufen unter dem Vorwande, daß die Juden Polenfreunde sind. Die jüd. Gemeinden im ukrainischen Siedelungsgebiet sind dem Hungertode und den Seuchen preisgegeben. Ihre Lage ist tragisch, ihr Elend unsäglich.

Die J. P. Z. hat dieses Telegramm an die Zion. Landesorganisation in der Schweiz, wie auch an das Komitee der Jüd. Delegation in Paris weitergegeben.

Wie das „Lemberger Tageblatt" berichtet, hatte dessen Redakteur Moses *Frostig* eine Unterredung mit dem Grafen *Rostworowski,* welcher von Dr. Galecki beauftragt worden ist, die Beschwerden der jüd. Oeffentlichkeit wegen Behandlung der jüd. Internierten

zu untersuchen. Graf Rostworowski zeigte sich durch die Schilderungen der Lage der Internierten äußerst überrascht und versprach, Abhilfe zu schaffen und die schuldigen Organe streng zu bestrafen. Er forderte die Redaktion auf, der jüd. Oeffentlichkeit mitzuteilen, daß jeder Angehörige eines unschuldig Internierten sich sofort in einem Gesuch an ihn wenden solle und gab die Versicherung, für eheste Befreiung zu sorgen. Die Redaktion des „Lemberger Tageblatt“ fordert daher alle Angehörigen der unschuldig Internierten auf, ihr die näheren Daten ehestens bekanntzugeben.

## Ukraine.

Errichtung einer jüdischen Lehrkanzel.

An der ukr. Universität in Kamenetz-Podolsk wurde eine Lehrkanzel für jüd. Wissenschaft errichtet, an welcher Vorträge über Geschichte und Literatur des jüd. Volkes sowie über die hebräische Sprache gehalten werden sollen. Den Dozent für diese Lehrkanzel hat das Ministerium für jüd. Angelegenheiten zu ernennen.

Errichtung jüdischer Schulen.

Der Ukr. Pressedienst meldet: Das Departement für Volksbildung beim Ministerium für jüd Angelegenheiten hat ein Projekt betreffend die Errichtung von jüd. Schulen auf dem Territorium der ukrainischen Volksrepublik ausgearbeitet. Das Projekt umfaßt Pensionate, Kinderhorte, niedere und höhere Anfangsschulen, Institute und Kurse. In den Unterrichtsplan dieser Schulen ist das Studium der ukrainischen Literatur, Geschichte und Geographie obligatorisch aufgenommen.

— Ein Vertreter der derzeit in Warschau weilenden ukrainischen Delegation besuchte das zion. Zentral-Komitee und erklärte bei der dort stattgefundenen Konferenz, daß er bereit sei, auf Verlangen der zion. Organisation alle, die Pogrome in der Ukraine betreffenden Dokumente vorzulegen, wie auch den Repräsentanten der zion. Organisation die Reise nach der Ukraine zwecks Untersuchung der Pogrome an Ort und Stelle auf jedmögliche Weise zu erleichtern.

— Dem neuen ukrainischen Ministerium gehören folgende Juden an: der Minister für jüd. Angelegenheiten *Krasny* (jüd. demokr. Partei) die Hilfsarbeiter des Arbeitsministers *Goldelmann* (Poale-Zion) und *Breitmann* (Bund), sowie der Vizeminister für Volkswirtschaft *Saladar* (jüd. demokr. Partei).

— Nach einer in Konstantinopel aus Odessa eingetroffenen Depesche, haben die Bolschewisten den bekannten hebräischen Schriftsteller *Rawnitzki* auf Intrigen von Schachne Epstein, Meresin und Tscheretinsky, welch' letztere die jüd. Arbeiterführer in Odessa sind, verhaftet. Dieselben Personen intrigierten auch gegen *Bialik*, dem die Bolschewisten eine grosse Geldstrafe auferlegt haben. (Jüd. Folk, Warschau).

## Rumänien.

— „Populaire“ veröffentlicht ein Telegramm aus Bukarest, wonach die Juden Rumäniens mit der Haltung Amerikas bezüglich der rumänischen Judenfrage unzufrieden sind. Sie befürchten eine Aufreizung der öffentlichen Meinung und eine Verschärfung der antisemitischen Bewegung. Die rumänischen Juden beabsichtigen, eine Delegation nach den Vereinigten Staaten zu entsenden, um dort Wilson zu einer Aenderung seiner Politik Rumänien gegenüber zu bewegen. (Baruch Zuckermann hatte bereits vor einiger Zeit auf die Wahrscheinlichkeit derartiger Schritte gewisser rumänischer „Juden“ hingewiesen und nicht verfehlt vor dieser Aktion als einer rumänischen Regierungsmache zu warnen. Siehe J. P. Z. No. 48).

— „The Near East“ bringt einen ausführlichen Artikel über die bedrängte und schwierige Lage der Juden in Rumänien. Dieselben sind nicht nur durch verschiedene Gesetze und Dekrete vollständig von der Landwirtschaft ausgeschlossen, sondern ihre freie Entfaltung wird auch in allen anderen Berufen aufs Unerträglichste eingeengt. Sie werden nicht als rumänische Bürger anerkannt, müssen aber alle Verpflichtungen und mehr erfüllen. Der Artikel schließt mit der Hoffnung, daß die Friedenskonferenz bis zum Schluß fest bleiben und die Minoritäten in Rumänien schützen wird.

— Am 9. Okt. wurde in Bukarest eine von der Liga der eingeborenen Juden geschaffene Volks-Universität eröffnet. Vorlesungen werden gehalten über allgemeine Geschichte, jüd. politische Oekonomie, Kulturgeschichte, Medizin und Hygiene, Geschichte der jüd. Literatur und verschiedene Sprachkurse. Die Vorlesungen sind bei freiem Entree jedem zugänglich.

— Die allgemeine jüd. Studentenvereinigung bei der Universität Jassy ist vom Senate der Universität anerkannt worden. Um der Not der meisten dieser Studenten beizusteuern, ist von philantropischer Seite mit Unterstützung der jüd. Offentlichkeit einer Mensa Academica eröffnet worden.

— Nach einer Verfügung der Czernowitzer Polizeidirektion hätten viele jüd. Familien am Donnerstag den 2. Okt. also hart vor dem „Versöhnungstage“ nach Galizien abgeschoben werden sollen. Im letzten Augenblick hat die Einsicht gesiegt und diese Maßnahme wurde für noch einige Tage verschoben.

— Die bessarabischen Juden, speziell die Zionisten Bessarabiens, feiern den 60-jährigen Geburtstag ihres alten Führers, *Dr. Bernstein-Kogan.*

## Ungarn.

— „Egyenlösség“, das Blatt der ungarischen Assimilanten, veröffentlicht in einigen stark zensurierten Nummern, zahlreiche protokollarisch aufgenommene Akten über fürchterliche Grausamkeiten und bestialisch ausgeführte Mordtaten, die während der Pogrome in Transdanubien von Friedrichs weissen Garden begangen wurden, und die von der jüd. Gemeinde Budapests der Regierung unterbreitet wurden.

— Der neugegründete Landesverband der ung. Juden hat an die christlichen Mitbürger einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

Indem wir anerkennen, daß in Ungarn unter den Verkündern der kommunistischen Prinzipien und den Schöpfern der Proletarierdiktatur viele jüd. Abkunft waren, müssen wir gleichzeitig feststellen, daß diese Leute sich mit dem Judentum weder in Religions-, noch in Rassengemeinschaft fühlten.

Reichen wir einander denn die Hände, christliche Mitbürger, und befreien wir mit vereinten Kräften und gegenseitigem Verstehen unser geliebtes Vaterland von den furchtbaren Uebeln, durch die wir alle in gleicher Weise zu leiden haben!

## Tschecho-slovakischer Staat.

### Konskription der hebräischen Lehrer in der Slovakei.

Das Zentralbureau der zion. Organisation für die Slovakei fordert alle hebräischen Lehrer und Lehrerinnen auf, sich behufs Konskription mit Angabe genauer Daten schriftlich beim Zentralbureau, Pressburg, Palisadenweg 56, zu melden. Auch Kandidaten, die sich als Lehrer in der hebräischen Sprache für Palästina oder für die Länder der Diaspora ausbilden wollen, wie auch alle Gemeinden oder Vereinigungen, die hebräische Lehrkräfte benötigen, mögen sich an obige Adresse wenden.

— Das zion. Zentralkomitee der Tschecho-Slovakei hat die Sukkothwoche zu einer Palästinawoche erklärt, in der alle Kräfte angestrengt werden sollen, um für den Aufbau Palästinas zu wirken.

## Deutsch-Oesterreich.

### Volkszählung und nationale Zugehörigkeit.

*Wien, 22. Okt.* Die Nationalversammlung nahm in allen Lesungen die Vorlage über die Vornahme einer ausserordentlichen Volkszählung bis längstens zum Neujahr an. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um den Antrag des Abg. *Stricker*, wonach neben der Umgangsprache auch die nationale Zugehörigkeit aufgenommen und das Bekenntnis zur *jüdischen Nation* als zulässig erklärt werden soll. Der Großdeutsche Waber trat für den Antrag ein. Staatskanzler *Renner* sprach sich gegen den Antrag aus, indem dessen verwaltungstechnische Undurchführbarkeit ins Auge springe. Der christlichsoziale Kunschak anerkannte die Berechtigung des Antrages Stricker, stimmte jedoch im übrigen Renner zu. Der Antrag Stricker wurde schliesslich abgelehnt.

— Abg. *Dr. Gimpl* und Genossen verlangten in einer Sitzung der Nationalversammlung in einem Antrage, dass die Juden nicht in der künftigen österreichischen Armee dienen dürfen.

Aus Graz wird der J. P. Z. telegraphiert: „Dr. *Leon Reich* hielt hier einen Vortrag über jüd. Politik auf dem Friedenskongreß, wobei er auf die Arbeit und die erfolgreiche Sicherung einer jüd. Heimstätte unter dem Protektorate Englands hinwies.“ gez. Steiner.

## Deutschland.

### Delegiertentag der Agudas Jisroel.

In Halberstadt fand unter starker Beteiligung von Vertretern sämtlicher deutscher Ortsgruppen der Delegiertentag des Gruppenverbandes der Agudas Jisroel für Deutschland statt. In das Präsidium wurden Rabb. Dr. *Auerbach, Leo Wreschner* und Dr. *Jakob Levy*, gewählt. Nachdem der Vorsitzende einen Rückblick auf die Tätigkeit des Gruppenverbandes für Deutschland warf, folgte ein Bericht über den Stand der Ortsgruppen, insbesondere über die durch die pol. Lage erfolgte Aenderung hinsichtlich der Ortsgruppen Elsaß-Lothringens und Posens. Dr. *Moses Auerbach*-Cöln erstattete ein Referat über die Aufgaben der deutschen Orthodoxie. Er verlangte u. a. *Bildungsanstalten* in jeder Form, von Kindergärten aufsteigend bis zu einer Akademie des Thorawissens; *Sabbatheiligung* im öffentlichen Leben, Durchführung des jüd. *Ehe- und Zivilrechtes*, engen Zusammenhang der Agudas Jisroel und der Diaspora. Für das wirtschaftliche und soziale Leben empfahl er die Errichtung eines *Palästinaamtes*. Hinsichtlich des Verhältnisses der Palästinaarbeit der Ag. Jisroel zu anderen Organisationen heißt es in den Leitsätzen: „Bei Gegensätzen grundlegender Bedeutung ist organisatorische Vereinigung möglich, bei Uebereinstimmung in praktischen Zielen ist Arbeitsgemeinschaft wünschenswert, wenn sie keinerlei Aufgeben von Prinzipien bedingt. — Zahnarzt Ehrmann referierte über „Propaganda der Agudas Jisroel in Deutschland und die Wirksamkeit der Ortsgruppen“. Rabb. Dr. Pinchas Kohn, über „Die Ostjudenfrage in Deutschland“. Der Referent stellte folgende Forderungen auf; „ Es ist anzustreben, daß aus Osteuropa einwandernde Juden sofort vollberechtigte Mitglieder der Synagogengemeinden werden. Es ist Pflicht aller innerhalb der Synagogengemeinden bestehenden Vereine, die Einwandernden in weitestem Umfange zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen. Den Einwandernden welche einen eigenen Gebetritus mitbringen, muß die Möglichkeit freier Religionsübung nach ihrem Brauch gewährleistet werden.“ Ein Antrag *Rosenheim* forderte die Bildung von Kommissionen, die untersuchen sollen: a) wie die materielle, geistige, religiöse Wolfahrt der ansäßigen sowie der neueingewanderten ostj. Bevölkerung und ihres Nachwuchses günstig beeinflußt, b) wie die Beziehungen zwischen Ost- und Westjuden inniger gestaltet, c) wie die Ostjuden für die Agudas Jisroel gewonnen werden können. Ausserdem wurde die Errichtung einer *Palästinazentrale* sowie die *Herausgabe einer Literatur über alle Palästinafragen* in deutscher, möglichst auch in jiddischer Sprache beschlossen. Als Vorort des Gruppenverbandes wurde wieder Halberstadt gewählt.

### Umwandlung des Verbandes der deutchen Juden.

Der Hauptversamlung des Verbandes der Deutschen Juden am 30. November, die voraussichtlich im Plenarsaal im Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt in Berlin, Leipzigerstraße 3 tagen wird, soll eine den Forderungen und Aufgaben der Gegenwart entsprechende Aenderung der Organisation des Verbandes zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

(Neue Jüd. Presse Frankfurt a/M.)

— Im Berliner Westen ist in diesem Frühjahre ein hebräischer Kindergarten gegründet worden, der von etwa 10 Kindern besucht wurde. Die Leitung ruht in den Händen einer pädagogisch vorgebildeten Palästinenserin. Dem Kindergarten stand auch ein kleines Stück Laubenland zur Verfügung, wo die Kinder spielten und leichte Gartenarbeit verrichteten. Im Winter wird sich der Kindergarten in einem dazu hergerichteten Raum einer Privatwohnung befinden.

### Eine jüdische Volksschule in München.

In einer am 28. Sept. abgehaltenen Mitgliederversammlung der orthodoxen Religionsgesellschaft wurde beschlossen, an die zuständigen Stellen wegen Errichtung einer jüd. Bekenntnisschule in München heranzutreten.

— In *Breslau* ist im Alter von 74 Jahren der Rabbiner der dortigen Synagogengemeinde Prof. Dr. Jacob Guttmann gestorben, eine der markantesten und schärfst ausgeprägten Persönlichkeiten des modernen Judentums.

Ein Gelehrter vom besten Ruf und Klang, war er einer der ältesten Rabbiner Deutschlands, langjähriger Vorsitzender des deutschen Rabbiner-Verbandes, wie auch der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums seit ihrer Gründung.

## Frankreich.

— Der Pariser M. D. Korrrespondent der „Jüdischen Preßzentrale" Zürich, berichtet: Prof. *Warburg,* der Präsident des Joint Distribution Committee ist in Paris angekommen, um sich betr. der Hilfskonferenz mit dem Komitee der Jüd. Delegationen zu beraten. Der Standpunkt aller geht dahin, die Lage der Ostjuden, die durch den Weltkrieg Schaden gelitten haben, zu verbessern.

Der itauische Unterstaats-Sekretär, Dr. *Rosenbaum*, ist von Paris nach Kowno abgereist.

Die polnische Delegation in Paris hat an alle Schriftsteller und Staatsmänner, die den bekannten Protest gegen die poln. Pogrome unterschrieben haben, umfangreiches Aktenmaterial gesandt, um zu beweisen, daß die Juden selbst die Schuldigen sind. Die Polen seien ein Volk von hoher Kultur; zeitweilige Exzesse könnten daran nichts ändern.

Bei der jüd. Arbeiterklasse in Paris hat sich in den letzten Wochen ein Bedürfnis nach Organisierung der eigenen Kräfte geltend gemacht. In einer Reihe von Versammlungen und Konferenzen, die alle sehr gut besucht waren, kamen die Arbeiter überein, eine selbständige jüd. Arbeitergruppe im Anschluss an die organisierte franz. Arbeiterschaft zu bilden. Diese Organisation dürfte auf lebhaftes Entgegenkommen seitens der französischen Arbeiterführer rechnen können.

— Der S. Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale" in Straßburg berichtet: Herr *Isai Schwarz,* seit Jahren Oberrabbiner in Bordeaux, wurde vom Strassburger Konsistorium zum Oberrabbiner gewählt. Rabbiner Schwarz ist aus Tränheim im Elsass gebürtig.

Die national-jüdische Jugendbewegung unseres Landes ist im starken Anwachsen begriffen. Aus zahlreichen grösseren Orten werden Neugründungen gemeldet. Die Wanderbünde „Hatikwah" beabsichtigen zur Verstärkung ihrer Arbeit sich zu einem Bund zusammenzuschliessen. Vorarbeiten sind im Gange. Ein Bundestag soll am 1. und 2. Nov. stattfinden, der Führer und Wanderer aller elsass-lothringischen Bünde vereinen soll.

Unabhängig von der „Hatikwah" Bewegung existiert hier auch seit einigen Wochen ein jüd. Wanderbund Blau-Weiss, der in immer enggeschlossener Innengemeinschaft kräftige jüd. Arbeit leistet.

— An der philosophischen Fakultät der Strassburger Universität wurde auch ein Lehrstuhl für jüdischdeutsche Dialekte errichtet.

— Laut „Judiszem Folk" hat *Morgenthau* in Paris während einer längeren Konferenz mit *Sokolow* seiner Bewunderung für die Leistungen der zion. Organisation in Polen Ausdruck verliehen.

Morgenthau, der sich demnächst nach Amerika begibt, wird während der Ueberfahrt seinen Bericht für Wilson fertigstellen.

## England.

### Der Bischof von Jerusalem gegen den Zionismus.

Der Jerusalemer Bischof, der derzeit in London weilt, hat in einer, im Church-House unter Vorsitz des Londoner Bischofs stattgefundenen Versammlung der Mission der östlichen Länder, eine Rede gehalten und sich darin über den Zionismus folgendermasen geäussert: er habe die beste Meinung über einige zion. Führer und bewundere sie. Aber die engl. Regierung habe eine schwere Lage dadurch geschaffen, dass sie versprochen hat, die zion. Bewegung zu unterstützen, in einer Zeit, wo sie nicht in der Lage ist, ihr Versprechen zu erfüllen. Die Erklärung, durch die die Juden ermutigt werden nach Palästina zurückzukehren, um dort ihr nationales Heim zu begründen, hat viel Aufregung bei der griechischen und mohammedanischen Mehrheit hervorgerufen. Einige von jenen, die unter dem Namen des Zionismus arbeiten, haben die Bevölkerung von Palästina so sehr aufgereizt, dass es der engl. Regierung oder der Liga der Nationen im jetzigen Moment absolut unmöglich sei, einen jüd. Staat in Palästina zu schaffen, ohne dorthin eine Armee von 50,000 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu beordern.

— Als Antwort auf den in der „Times" erschienenen Artikel ihres palästinensischen Korrespondenten betreffs der Einschränkung der zion. Forderungen, veröffentlicht *Joseph Cowen* in der „Times" eine längere Antwort, in der er gegen die Verminderung der zion. Forderungen auf Palästina protestiert. „Unsere Ziele, schreibt er u. a., sind nicht nur kulturelle und ökonomische, sondern auch politische. Ihr Korrespondent betrachtet die Lage nur vom Standpunkt der jetzigen Bevölkerung Palästinas und berücksichtigt nicht die großen Judenmassen der ganzen Welt, die in Zukunft Bürger dieses Landes werden wollen. Obwohl auch nicht ein einziger verantwortlicher Zionist den Vorschlag macht, im jetzigen Moment eine unbegrenzte Immigration zuzulassen, so verlangen wir doch, daß man uns die Möglichkeit gibt, Palästina allen denjenigen Juden freizugeben, die dorthin einwandern wollen." Cowen schließt seinen Artikel: „Was alle Zionisten verlangen, ist die Schaffung solcher Bedingungen, die die Möglichkeit bieten, in nicht zu weiter Zukunft Palästina so jüdisch zu machen, wie England englisch!"

### Morgenthau und das Joint Foreign Committee.

„Jewish Times" erfährt aus sicherer Quelle, dass Morgenthau bei seiner Anwesenheit in London mit dem Joint Foreign Committee des Board of Deputies und der Anglo Jewish Association eine Konferenz hatte. Bei den Verhandlungen herrschte die Meinung vor, dass man bei Schilderung der Vorgänge in Polen abschwächend vorgehen und über das Vorgefallene nicht zuviel reden solle, um die Polen nicht zu reizen. Man müsse trachten, mit den Polen zu einem Frieden zu kommen. Vereinzelt wurden zwar Stimmen laut, dass dies nicht der richtige Weg zu einem Frieden sei, aber diese Meinung blieb in der Minorität. Demnach hat man von Morgenthau's Bericht nicht viel zu erwarten. Man wird aus diesem Bericht die volle Wahrheit nicht erfahren und die Majorität des Joint Foreign Committee ist damit einverstanden.

— Die jüd. Zeitungen Londons veröffentlichen einen Aufruf zur Gründung einer jüd. Handelskammer in London, deren Aufgabe es sein soll, die jüd. Handelsbeziehungen mit den anderen Nationen der Welt zu schützen und zu entwickeln. Eine Reihe prominenter jüdischer Kaufleute nimmt an den Gründungsvorbereitungen aktiven Anteil.

## Türkei.

— Aus *Konstantinopel* wird berichtet: M. *Elnecave,* Direktor der Zeitung „Judio" ist von der zion. Liga beauftragt worden, in Thracien in den jüd. Gemeinden zion. Klubs zu gründen. Er hat Adrianopel, Kirk-Kilissé, Uzun-Keupru, Lüle-Burgas und Rodosto besucht und seine Mission mit Erfolg zu Ende geführt.

## Japan.

— Laut einem Berichte David Schreibers, der unlängst aus Japan und dem fernen Osten nach Amerika zurückkehrte, ist der Herausgeber der führenden Tageszeitung in Tokio ein Jude, namens *Fleischer.*

## Sibirien.

— Eine Wilnaer Zeitung gibt Auskunft über die antijüd. Ausschreitungen in Sibirien, die von einem unlängst von dort zurückgekehrten galizischen Juden stammen. Solange die Engländer und Tschechen sich in Sibirien befanden, war die Lage der Juden recht gut. Sofort nach ihrer Abfahrt hat eine starke Pogromagitation eingesetzt, die besonders im Heere arbeitete. Zwei Tage vor dem Rückzug der „Weissen" aus Ekaterinenburg hat der koltschakistische General, der den Platz befehligte, Befehl gegeben, die Juden zu plündern, worauf alle jüd. Geschäfte geplündert, und 8 Juden getötet wurden. In *Chabrinsk, Kamislof, Tscheliabinsk* und *Irbit* haben ebenfalls Ausschreitungen stattgefunden.

## Aegypten.

### Frankreich anerkennt Hebräisch als lebende Sprache.

Dem „Journal des Débats" zufolge hat Prof. *Eli Antébi* in Alexandrien sich an das franz. Unterrichtsministerium mit dem Ersuchen gewendet, auch das Hebräische in die Liste der lebenden Sprachen aufzunehmen, die die Kandidaten des Bakkalaureats für Mittelschulen als zweite Sprache bei den mündlichen Prüfungen in lebenden Sprachen angeben dürfen. Begründet hat er diese Forderung damit, dass mehr als 6 Millionen Juden hebräisch sprächen, dass es in Palästina eine offizielle Landessprache sei und dass die jüd. Jugend in Aegypten sich heute ausser arabisch und englisch ebensogut hebräisch ausdrücke. Die hebräische Sprache habe sich an den dortigen Schulen volles Bürgerrecht erworben, wenn auch die franz. Sprache die Grundlage des Unterrichts bleiben werde.

Auf Grund dieses Berichts, sowie eines vom „Obersten Unterrichtsrat" erstatteten Gutachtens ist nun ministeriell entschieden worden, dass das Hebräische in Zukunft in Aegypten als eine zweite lebende Sprache bei den Bakkalaureatsprüfungen zugelassen sei.

## Palästina.

### Hochschul-Kurse in Palästina.

Mit Rücksicht darauf, dass bis zur Eröffnung der Jerusalemer Universität noch geraume Zeit vergehen dürfte und damit die zahlreichen Absolventen des Jaffaer Gymnasiums zur Fortsetzung ihres Studiums nicht ins Ausland gehen müssen, beabsichtigt man, vorerst Hochschul-Kurse in Jerusalem einzurichten. Dieses Projekt wird jetzt von der zion. Organisation studiert und seine Verwirklichung ist in Bälde zu erwarten. Die auf zwei Jahre berechneten Kurse sollen das Gebiet folgender 3 Fakultäten umfassen: 1. *Mathematisch-physische Fakultät* (Mathematik, angewandte Mathematik, Physik, Chemie und Mineralogie). 2. *Biologische Fakultät* (Geologie, Paleonthologie, Zoologie, vergleichende Anatomie, Botanik und allgemeine Biologie). 3. *Humanistische Fakultät* (allgemeine Geschichte, jüd. Gesch., hebr. Sprache und Literatur, Archäologie und Geologie von Palästina, Geschichte der Philosophie, Psychologie, Nationalökonomie und von modernen Sprachen englisch, französisch und deutsch). Diese Kurse dürften nach Meinung Dr. *Salkinds,* der soeben aus Palästina zurückgekehrt ist, der studierenden Jugend die Möglichkeit geben, weiterhin in Palästina zu verbleiben. Anderseits werden diese Kurse auch Laboranten und Assistenten ausbilden die später für die Universität benötigt werden. Ausserdem werden die Kurse zur weiteren Erforschung des Landes beitragen.

— Oberst *Meinertzhagen,* der zum Hauptbeamten für politische Interessen und Generatl *Botson,* der zum Verwaltungsschef von Palästina ernannt worden ist, haben sich nach Palästina begeben, um ihr Amt anzutreten.

### Befreiung der verhafteten jüd. Legionäre

Die 55 jüd. Legionäre, die wegen Widersetzlichkeit gegen die Militär-Macht von der englischen Militärbehörde verhaftet wurden, (s. J. P. Z. No. 55) sind Dank der Bemühungen der zion. Führer Englands wieder freigelassen worden.

— Am 22. Sept. haben die Vertreter des Zentralrats von Jerusalem sich an den Verwaltungsschef mit der Bitte gewandt, die jüd. Soldaten, Polizeibeamten und Beamten für beide „Rosch-Haschanah" Feiertage vom Dienste zu befreien. Der Verwaltungsschef versprach diese Bitte zu erfüllen. Im letzten Moment kam jedoch der Befehl, daß die Beamten nur einen Tag und die Polizeibeamten anderthalb Tage frei haben sollen. Trotz der Intervention des Chacham-Baschi, *Danon* beim Verwaltungsschef und des Waad-Hazirim beim Militärverwalter ist dieser Befehl in Kraft geblieben. Diese Nichtberücksichtigung der religiösen Gefühle seitens der Palästina-Verwaltung, hat bei der jüd. Bevölkerung eine große Erbitterung hervorgerufen. Die Beamten haben dem Befehl keine Folge geleistet, wofür die Verwaltung ihre Entlassung angeordnet hat. Ein weiterer Bericht aus Palästina besagt, daß auf eine Intervention vom Chacham-Baschi, die Beamten wieder aufgenommen worden sind, auch hat die Verwaltung neuerlich angeordnet, daß der Versöhnungstag und der erste und letzte Tag des Laubhüttenfestes allen Soldaten, Polizeibeamten und Beamten freigegeben werden soll.

(Es ist anzunehmen, daß diesem Mißverständnis folgende Ursache zugrunde liegt. Bekanntlich feiern die Juden in Palästina keine Doppelfeiertage, wie die Juden der Diaspora, weshalb die Verwaltung von Palästina annehmen durfte, es handle sich bei den Feiertagen von Rosch-Haschanah um das Gleiche und es wäre

nur eine Verordnung der Rabbiner, zwei Tage zu feiern. Tatsächlich liegt der Fall nicht so, denn Rosch-Haschanah wurde auch in Palästina stets zwei Tage hindurch gefeiert, da die beiden Tage als „ein langer Tag" vom Talmud erklärt werden. J. P. Z.)

— Der militärische Zensor hat der Redaktion der „Hadshoth Haaretz" mitgeteilt, daß von nun an die Vorzensur der Zeitungen aufgehoben sei. Für den Inhalt der Artikel sei die Redaktion selbst verantwortlich.

— Wie der „Doar Hayom" meldet, ist Leutnant Colonel *Norman Bentwich,* der bis jetzt als Stellvertreter des Oberrichters in dem okkupierten Gebiet der Türkei fungierte, zum Oberrichter ernannt worden. N. Bentwich ist der Sohn des ersten engl. „Chowewe Zionisten" Herbert Bentwich.

— Die Regierung teilt mit, daß das Technikum in Haifa, das bislang für militärische Zwecke requiriert war, wieder den jüd. Schulen zur Verfügung gestellt werden wird. Auch das Gebäude der Realschule wird bei erster Gelegenheit freigegeben werden.

— Am 23. Sept. feierte Haifa den Jahrestag der Okkupation der Stadt durch die Engländer. Der Militär-Kommandant hat sich selbst darum bemüht, die Militär-Musik mit Noten der jüd. Hymne „Hatikwah" zu versorgen und hat der Kapelle befohlen, diese Hymne zu spielen. Auch die Araber, die an der Feier teilnahmen, haben die „Hatikwah" applaudiert.

— In Palästina werden Telegramme in hebräischer Sprache und lateinischer Schrift angenommen.

— In den Kinos in Jaffa und Jerusalem werden alle Erläuterungen sowohl in hebräischer als auch in arabischer Sprache gegeben.

— Die Pro-Palästina-Gesellschaft in Aegypten hat die Entsendung einer Kommission nach Palästina unter dem Vorsitz von Baron Monash zum Studium der Wohlfahrts- und Erziehungseinrichtungen beschlossen.

— In Jerusalem ist die ägyptische Pro Palästina Abordnung angelangt, an deren Spitze *Baron Felix Monash* steht.

### Augenkliniken für Palästina.

Baron Felix de Monash ist im Begriff in Jerusalem eine Augenklinik einzurichten, mit Unterabteilungen in allen Städten, Kolonien und Dörfern. Die Augenklinik soll allen Bewohnern Palästinas ohne Unterschied der Konfession offen stehen.

### Verkehr in Palästina.

Die bis zum 1. Sept. in Kraft gewesenen Verkehrsbeschränkungen in den von den Alliierten besetzten Gebieten sind nunmehr gänzlich aufgehoben. Von diesem Datum an ist das Reisen innerhalb Palästinas ohne besondere Erlaubnis gestattet. Zwischen Jerusalem und Jaffa, Sichem, Hebron und Jericho verkehrt ein täglich zweimal zur Ausführung gelangender Automobilomnibus. Vom 6. Sept. ab wurde ein einmaliger Dienst zwischen Jaffa und Beirut errichtet, der diese Strecke in acht Stunden bewältigt, während man vor dem Kriege per Schiff 15 und per Wagen 48 Stunden für diese Reise brauchte. Der Eisenbahndienst ist in den letzten Wochen ebenfalls stark europäisiert worden. Zwischen Kairo-Alexandrien und Jerusalem-Jaffa-Haifa verkehrt ein täglicher Expresszug mit Schlaf-, Salon- und Speisewagen und einer Geschwindigkeit von über 60 Kilometer die Stunde. Die Personen- und Frachttarife für Züge und Automobilverkehr sind, in Anbetracht der starken Konkurrenz durch den Kamelverkehr, bedeutend ermässigt. Auch die Küstenschiffahrt ist bedeutend erweitert und beschleunigt worden. Es gibt bereits vier europäische Linien, die Palästina berühren und weitere sind im Ausbau begriffen. Der Zustrom von Reisenden ist gross.

— Die Handelskammer von Jerusalem plant, in Jerusalem einen Telephon-Dienst einzurichten.

### Untertunnelung Jerusalems.

Ein großartiger Ingenieurplan für Palästina, der auch die Untertunnelung Jerusalems einschließt, ist von einem norwegischen Ing. Albert *Hiorth* ausgearbeitet worden. Er verfolgt das Ziel, das Mittelländische Meer und das Tote Meer durch große Kräftestationen miteinander zu verbinden. Der Plan sieht einen Tunnel von etwa 60 Kilometer Länge vor, der von Osten nach Westen läuft und unter Jerusalem durchgeht, um Wasser zu dem tieferen Ende des Jordantales zu führen. Von dieser Stelle aus soll das Wasser durch Röhren bis zum Niveau des Toten Meeres geleitet werden, und dort soll eine Kraftstation mit elektrischen Maschinen die Wasserkraft in Elektrizität umwandeln, um auf diese Weise Licht und Kraft dem ganzen Lande zuzuführen. Die Kraftstation soll auch dazu verwendet werden, um die Wasserzufuhr um den See Genezareth zu regulieren und damit die Bewässerung von einigen Hunderttausend Acres Landes in die Wege zu leiten. Sodann soll die dadurch erlangte Kraft zum Betriebe von Asphaltminen in der Gegend des Toten Meeres und in den Ebenen von Sodom und Gomorra benutzt werden.

— Ganz unerwartet erhielt Jaffa vor einigen Wochen den Besuch von 126 marokkanischen Juden. Die Wanderer stammen aus Casablanca, sind junge, kräftige Leute und wollten gerne in Jerusalem Arbeit annehmen. Alle ihre Versuche, Arbeit zu bekommen, blieben aber erfolglos, und sie mussten von der Unterstützung der Hilfskommission leben. Gegenwärtig werden ihnen vom Komitee Gelder zur Verfügung gestellt, damit sie nach Casablanca zurückkehren können (Jüd. Rundschau, Berlin).

— Wie die „Hadshoth Haaretz" berichten, soll *Max Nordau* die Absicht haben, sich demnächst nach Palästina zu begeben.

— Die Samaritaner Gemeinde (Schomrojnim) in Sichem berichtet dem „Waad Hazirim": In letzter Zeit hat die Gemeinde einen Rat unter dem Namen „Rat der Samaritaner in Sichem" gewählt, dessen Zweck ist, alle Interessen der Gemeinde zu vertreten, ihren materiellen und kulturellen Zustand zu verbessern und sie vor einer Ausrottung zu bewahren. Die Gemeinde verlangt von dem „Waad Hazirim", offizielle Beziehungen nur mit diesem Rat anzuknüpfen.

### Statistik der Berufe in Jerusalem.

Der Jerusalemer Korrespondent von „The Jewish Daily News" meldet einige interessante Ziffern über die Zahl der verschiedenen jüd. Handwerker usw. in dieser Stadt. Nach seinen Informationen sind: 400 Schuster, 150 Steinmetze, 30 Anstreicher, 70 Buchdrucker und Setzer, 40 Buchbinder, 10 Photographen, 160 Schreiber, 30 Barbiere, 25 Kürschner, 200 Schneider, 20 Schlosser,

40 Mechaniker, 50 Kupferschmiede, 60 Milchhändler, 63 Lastträger, 40 Müller, 40 Kutscher, 200 Zimmerleute, 40 Schmiede, 30 Uhrmacher, 225 Goldarbeiter, 30 Spengler, 50 Bäcker, 90 Weber und Spinner, 20 Glaser und 300 Kaufleute. Ungefähr 1300 Jungen und Mädchen arbeiten als Lehrlinge in verschiedenen Werkstätten. Im ganzen leben ca. 4000 jüd. Familien Jerusalems von ihrer Arbeit.

— Nach statistischen Angaben haben die jüd. Kolonisten in Palästina trotz der Schwierigkeiten, die sie unter dem türkischen Regime zu überwinden hatten, folgende Bodenteile erworben; in Judäa und Samaria 181,000 Dunam, wovon mehr als ein Drittel bepflanzt worden ist u. zw. auf folgende Weise:

Reben 13,811 Dun., Mandelbäume 30,646 Dun., Gärtnerei 6,679 Dun., Oelbäume 7,604 Dun., verschiedene Obstbäume 1,056 Dun., Eukalyptusbäume 1, 984 Dun. zusammen 64, 780 Dun. Die übrigen 116,220 Dun. sind für Getreidefelder verwendet worden. In Galiläa besitzen sie 391,693 Dun. aber die Pflanzenkultur ist dort noch nicht entwickelt. Die Gesamtzahl der jüdischen Kolonien in Palästina beträgt derzeit 60.

— Nach einer genauen Statistik beteiligen sich von der schulpflichtigen jüd. Jugend 100%, von der christlichen 60% und von der muselmanischen blos 10% an dem Besuch der palästinensischen Schulen.

— In der Nähe von Haifa, am Karmel, gibt es eine Höhle — Elijahu-Höhle genannt — wohin viele Kranke in der Hoffnung auf Genesung zu pilgern pflegen. Es kommen dorthin nicht nur Kranke von Haifa, sondern auch aus der ganzen Umgebung und besonders aus Tiberias. In der letzten Zeit sind Gerüchte verbreitet, dass die französische Geistlichkeit diesen Platz, der sich in der Nähe eines Nonnenklosters befindet erwerben will, um ihn in eine Kirche zu verwandeln. Die jüdische Bevölkerung von Haifa ist durch dies Gerücht beunruhigt.

(„Hadshoth Haaretz")

— Ein Bewohner der jüd. Kolonie Sichron-Jakob hat beim Graben auf seinem Grundstück einen vierkantigen Stein gefunden auf dem folgende Worte eingehauen sind: „Meinen Söhnen Aetinomus und Sirus Psegem, Schoulam"; das letzte Wort ist in der assyrischen Schrift geschrieben. Der Kolonist hat diesen Stein dem Bezalel-Museum in Jerusalem geschenkt.

Kinderspielplätze in Jerusalem.

Unter dem Namen „Freunde der Kinder" bildete sich in Jerusalem ein grosser Verein, der die Errichtung grösserer Spielplätze bezweckt, wo die Kinder nach der Schulzeit von 4—8 Uhr sich aufhalten sollen. Bei schlechtem Wetter sollen sie in speziell dazu errichteten Baracken spielen. Dem Verein wird von jüdischer Seite grosse Sympathie entgegengebracht.

Ueber die Steuererhebung in Palästina.

Die Steuereintreibung bei den jüd. Kolonisten, die unter der türkischen Regierung in höchst ungerechter Weise vor sich ging, wurde von den Okkupationsbehörden in eine neue Form gebracht. Die Kolonisten haben aus eigener Initiative aus ihren Reihen Abschätzer ernannt, die von der Aufsichtsbehörde bestätigt wurden und nun gemeinsam die Steuereinziehung zur vollsten Zufriedenheit mit den Behörden erledigen.

— In Jerusalem beginnt man jetzt mit der Fabrikation der berühmten orientalischen Teppiche.

## Schweiz.

— Der internationale katholische Palästinakongress, der vom 21.—26. Okt. 1919 in Einsiedeln tagen sollte, wurde für die zweite Hälfte Juni 1920 verschoben.

## Presse- und Verlags-Notizen.

— Ende Oktober beginnen in Zürich die neuen Monatshefte „Misrachi", herausgegeben von der schweiz. Misrachi-Landesorganisation zu erscheinen. Aus dem Inhalt der 1. Nummer seien erwähnt: A. J. Rom: Unser Ziel, Spectator: Politische Umschau, Dr. S. D. Steinberg: David unter den Mägden, Ing. Ginsburg: Zionismus und Emigration, Dr. David Strauß: Der Weg zum Glück (Novelle), Prof. Da Fano: Judentum und Naturwissenschaft, Jugendbeilage, Parteinachrichten, Mitteilungen aus aller Welt u. a. Der Abonnementspreis beträgt Frs. 9.— pro Jahr; das Einzelheft kostet 75 cts.

— Die Redaktion des „Le juif" in Straßburg ersucht uns um die Feststellung, daß es kein zionistisches (s. J.P.Z. No. 60), sondern ein unabhängiges Organ der gesamten elsässisch-lothringischen Judenheit ist.

— In Jerusalem erscheint unter der Redaktion von *D. A. Tauber* eine neue orthodoxe Wochenschrift „Machsikei Hadath"

— Das zion. Büro für die Propaganda unter den orthodoxen Juden Amerikas gibt jetzt unter dem Titel „Hamaudiah" eine Monatsschrift heraus. Redakteur ist der bekannte Rabb. Schemarja Leib Hurwitz.

— Seit Mai 1919 erscheint in Jassy ein jüd. Wochenblatt „Vointa" (der Wille), das sich „jüdisches Volksorgan" nennt.

— Seit dem 3. Okt. erscheint in London eine jüd.-engl. Wochenschrift unter dem Namen „Jewish Guardian", (s. J. P. Z. No. 52) die bezweckt, das nationale Judentum und alle jüd.-nationalen Bestrebungen zu bekämpfen. Es ist noch zu bemerken, daß die antisemitische „Morningpost" in einem besonderen Artikel ihre Freude über das Erscheinen dieser neuen Zeitung ausspricht.

— Laut „Gazeta Warszawska" werden die jüd. Assimilanten mit Dr. Löwenstein an der Spitze, demnächst mit der Herausgabe einer großen Tageszeitung „Wieczór" beginnen, deren Redakteur der Wiener poln. Journalist *Goldscheider* werden soll.

— Im Handelsregister des Warschauer Kreisgerichtes wurde eine Kommandit-Gesellschaft mit einem Kapital von einer Million Mark unter dem Namen „Jisroel" registriert, deren Kapital zur Herausgabe einer Tageszeitung „Der Jud" bestimmt ist. Auch andere Ausgaben werden in das Gebiet ihrer Tätigkeit fallen. Diese Kommanditgesellschaft wurde von der „Agudas Haorthodoxim" gegründet.

— Die ersten 4 Hefte der vom jüd. Hochschulausschuß in Wien herausgegebenen und von *Eugen Höflich* redigierten Monatshefte „Esra", die uns vorliegen zeichnen sich durch ihren reichhaltigen Inhalt aus. Die Zeitschrift zählt die besten Namen zu ihrer Mitarbeiten und dürfte zur Vertiefung so manchen Problems beitragen.

— Die „Cause Commune" von Burtzew veröffentlicht eine Interview mit dem dänischen Konsul in Kiew H. G. Gurewitsch, in welchem u. a auch einzelne an den Juden von den Ukrainern begangene Greueltaten geschildert werden.

— In No. 2 und 3 der Berner Zeitschrift „Gutenbergmuseum" veröffentlicht der Schriftleiter *Karl Lüthi Tschanz* unter dem Titel „Hebräisch in der Schweiz" eine reichillustrierte Artikelserie über das jüd. Druckwesen, deren 2. Aufsatz zur Gänze *Josef Kaplans* reformierten Schrift gewidmet ist.

— Der *Weltverlag*, Berlin beginnt mit der Herausgabe einer jüdischen Schriftenfolge „Die Weltbücher" zum Preise von 2 Mk. pro Band. Die ersten Werke, u. zw. *Moses Mendelssohn* „Jerusalem" (Doppelheft), *Manasse ben Israel* „Rettung der Juden", *Samson Raphael Hirsch* „Neunzehn Briefe über Judentum" (Doppelheft) und *Fritz Mordechai Kaufmann* „Vier Essais über ostjüdische Dichtung und Kultur", sind bereits erschienen. Abgesehen vom Inhalte, zeichnet sich diese Schriftenfolge durch ihr handliches Format und — bis auf das Kriegspapier — durch vornehme Ausstattung aus. Diese Neuausgaben können angelegentlichst empfohlen werden.

Ferner erschien unlängst im gleichen Verlage und herausgegeben vom *Hapoel Hazair, A. D. Gordon* „Briefe aus Palästina" und ein Leitfaden: „Die theoretischen Grundlagen des Zionismus" von *Gerhard Holdheim* und *Walther Preuss*, der auf knappstem Raum die Entwicklung vorzionistischer und zion. Ideen behandelt.

— Im Verlage der „Wiener Morgenzeitung" ist eine neue Propagandaschrift des Abg. *Robert Stricker* erschienen, betitelt *„Der jüdische Nationalismus"*.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich